H 1290

Amtsblatt

für den Regierungsbezirk Detmold

Bezirksregierung Detmold
Leopoldstraße 15 · 32756 Detmold
Postvertriebsstück Entgelt bezahlt
Deutsche Post AG

201. Jahrg. | Ausgegeben in Detmold am 5. Dezember 2016 | Nr. 49

Inhalt

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

308 Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Heilquellenschutzgebietes „Bad Driburg“ Heilquellenschutzgebietsverordnung, S. 273-278
309 „Kirchen; Aufhebung der Katholischen Kirchengemeinden Pfarrvikarie Heilig Geist Gütersloh, Pfarrei Christ-König Gütersloh, Pfarrei Hl. Familie Gütersloh und Pfarrei Liebfrauen Gütersloh und Zuweisung deren Pfarrgebiete an die Katholische Kirchengemeinde Pfarrei St. Pankratius Gütersloh, S. 278-280
310 desgl. Aufhebung der Katholischen Kirchengemeinden Filialgemeinde St. Jakobus der Ältere Großenbreden, Filialgemeinde St. Patroklus Löwendorf, Pfarrvikarie St. Johannes Bapt. Kollerbeck, Pfarrei St. Martin Altenbergen, Pfarrei St. Joseph Bredenborn und Pfarrei St. Kilian Vörden und Zuweisung de-ren Pfarrgebiete an die Katholische Kirchengemeinde Pfarrei St. Jakobus der Ältere Marienmünster, S. 280-282
311 desgl. Umordnung der Katholischen Kirchengemeinden Pfarrvikarie St. Maria Lahde, Pfarrvikarie St. Johannes Baptist Petershagen, Pfarrei St. Ansgar Minden und Pfarrei St. Paulus Minden, S. 282/283
312 Stiftungsaufsicht; Anerkennung der „Klaus Grotebrune Stiftung“, S. 283
313 Immissionsschutz; Errichtung und Betrieb eines ORC-Holzheizkraftwerkes, S. 284

C. Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen anderer Behörden und Dienststellen

314 Berichtigung; Teilweise Aufhebung der Erlaubnis zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen nebst den bei ihrer Gewinnung anfallenden Gasen zu gewerblichen Zwecken für das Feld „Nordrhein-Westfalen Nord“ , S. 284/285
315 Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe; Hinweis auf die 13. Änderungssatzung zur Satzung der KDN – Dachverband kommunaler IT-Dienstleister, S. 285
316 Zweckverbandes Studieninstitut für kommunale Verwaltung Westfalen-Lippe; Sitzung der Verbandsversammlung, S. 285/286
317 Landesverband Lippe; Satzung des Landesverband Lippes, S. 286
318 Aufgebot einer Sparkassenurkunde, S. 287
319 desgl. eines Sparkassenzertifikates, S. 287
320 Kraftloserklärung einer Sparkassenurkunde, S. 287

Hinweis

Dieser Ausgabe liegt kein Öffentlicher Anzeiger bei.

B. Verordnungen, Verfügungen und Bekanntmachungen der Bezirksregierung

308 Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Heilquellenschutzgebietes „Bad Driburg“

Heilquellenschutzgebietsverordnung
vom 22. November 2016

Inhalt:

§ 1 Allgemeines und räumlicher Geltungsbereich
§ 2 Begriffsbestimmungen
§ 3 Schutz in den quantitativen Zonen B, A und den qualitativen Zonen III - I
§ 4 Militärische Übungen und Liegenschaften
§ 5 Duldungspflichten- und Handlungspflichten
§ 6 Düngung in Heilquellenschutzgebieten (nur qualitative Schutzzonen I, II und III)
§ 7 Anwendung von Pflanzenschutzmitteln (nur qualitative Schutzzonen I, II und III)
§ 8 Genehmigungen
§ 9 Befreiungen vom Verbot
§ 10 Ordnungswidrigkeiten
§ 11 Zuständigkeit
§ 12 Andere Rechtsvorschriften
§ 13 Entschädigungs- und Ausgleichszahlung
§ 14 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Aufgrund des § 53 Absatz 4 Satz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG)[1] verordnet die Bezirksregierung Detmold als obere Wasserbehörde:

§ 1
Allgemeines und räumlicher Geltungsbereich

(1) Im Interesse des Heilquellenschutzes wird zum Schutz des Grundwassers im Einzugsbereich der staatlich anerkannten Heilquellen Caspar-Heinrichquelle I und IV, der Wiesenquelle 1, 2 und 3, der Hauptquelle 1 und 2 und des Thermalwasserbrunnens (alle Gemarkung Bad Driburg) zu Gunsten der Gräflicher Park GmbH & CO. KG, Holding, der

Bad Driburger Naturparkquellen GmbH & Co. KG sowie der Driburg Therme GmbH und ihrer Rechtsnachfolger (Begünstigte im Sinne von § 15 Abs. 1 LWG) das nachfolgend näher beschriebene Heilquellenschutzgebiet festgesetzt.

(2) Das Heilquellenschutzgebiet gliedert sich in die quantitativen Schutzzonen A und B, die qualitative Zone III, die engere Schutzzone II sowie den Fassungsbereich der Heilquellen mit der Zone I.

(3) Das Heilquellenschutzgebiet erstreckt sich

a) Im Kreis Höxter
in der Stadt Bad Driburg auf die Gemarkungen Bad Driburg, Alhausen, Dringenberg, Erpentrup, Herste, Langeland, Neuenheerse, Pömbsen und Reelsen,
in der Stadt Nieheim auf die Gemarkungen Merlsheim und Schönenberg,

b) Im Kreis Paderborn
in der Gemeinde Altenbeken auf die Gemarkung Altenbeken

(4) Über die Grenzen des Heilquellenschutzgebietes und seine Schutzzonen gibt die als Anlage 1 zu dieser Verordnung beigefügte Übersichtskarte im Maßstab 1:40 000 einen Überblick. Für die genaue Grenzziehung ist die als Anlage 2 beigefügte Schutzgebietskarte im Maßstab 1:12 500 maßgebend.

Die Anlagen A sowie 1 und 2 sind Bestandteile dieser Verordnung.

Die Verordnung mitsamt ihrer Anlagen kann vom Tag des In-Kraft-Tretens an während der Dienststunden bei folgenden Behörden eingesehen werden:

1. bei der Bezirksregierung in Detmold, Leopoldstraße 15, 32756 Detmold, – obere Wasserbehörde –
2. beim Landrat des Kreises Höxter, Moltkestraße 12, 37671 Höxter, – untere Wasserbehörde –
3. beim Landrat des Kreises Paderborn, Aldegreverstraße 10-14, 33102 Paderborn – untere Wasserbehörde –
4. beim Bürgermeister der Stadt Bad Driburg, Am Rathausplatz 2, 33014 Bad Driburg
5. beim Bürgermeister der Stadt Nieheim, Marktstraße 28, 33039 Nieheim
6. beim Bürgermeister der Gemeinde Altenbeken, Bahnhofstraße 5a, 33184 Altenbeken

§ 2
Begriffsbestimmungen

1. Abwasser ist gemäß § 54 Abs. 1 Satz 1 WHG das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (Schmutzwasser) sowie das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen abfließende und gesammelte Wasser (Niederschlagswasser).
   1.1 Schmutzwasser ist das durch häuslichen, gewerblichen, industriellen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser (§ 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG).
   Als Schmutzwasser gelten auch:
   – die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten;
   – das aus Mischsystemen im Zusammenhang mit Regenwasserbehandlungsanlagen abgeschlagene behandelte oder unbehandelte Abwasser;
   – das aus Mischsystemen aus Regenüberläufen abgeschlagene (unbehandelte) Abwasser.
   1.2 Niederschlagswasser von befestigten Flächen wird entsprechend des Runderlasses des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 18. Mai 1998 wie folgt unterteilt:
   I. Unverschmutztes Niederschlagswasser
   Als unverschmutzt gilt Niederschlagswasser insbesondere von:
   – Fuß-, Rad- und Wohnwegen,
   – Sportfreianlagen (Naturrasen-, Tennen-, Kunststoff- und Kunststoffrasenflächen sowie bitumengebundene Beläge),
   – Hofflächen (ohne Kfz-Verkehr) in Wohngebieten, wenn das Fahrzeugwaschen dort unzulässig ist,
   – Dachflächen in Wohn- und Mischgebieten,
   – Garagenzufahrten bei Einzelhausbebauung.
   II. Gering verschmutztes Niederschlagswasser
   Als gering verschmutzt gilt Niederschlagswasser insbesondere von:
   – befestigten Flächen mit schwachem Kfz-Verkehr (fließend und ruhend), z.B. von Wohnstraßen mit Park- und Stellplätzen, Zufahrten zu Sammelgaragen; sonstigen Parkplätzen, soweit sie nicht den Kriterien für stark verschmutztes Niederschlagswasser unterliegen,
   – Einkaufsstraßen, Marktplätzen, Flächen, auf denen Freiluftveranstaltungen stattfinden
   – zwischengemeindlichen Straßenverbindungen, Wegeverbindungen,
   – Dachflächen in Gewerbe- und Industriegebieten,
   – Hof- und Verkehrsflächen in Mischgebieten, Gewerbe- und Industriegebieten mit geringem Kfz-Verkehr, ohne Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und ohne sonstige Beeinträchtigungen der Niederschlagswasserqualität,
   – landwirtschaftlichen Hofflächen, soweit sie nicht den Kriterien für starkverschmutztes Niederschlagswasser unterliegen,
   – Start- und Landebahnen von Flughäfen ohne Winterbetrieb (Enteisung)
   III. Stark verschmutztes Niederschlagswasser
   Als stark verschmutzt gilt Niederschlagswasser insbesondere von:
   – Flächen, auf denen mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 WHG sowie mit Jauche und Gülle, Stalldung oder Silage umgegangen wird, z.B. Lager-, Abfüll- und Umschlagplätze für diese Stoffe,
   – Flächen mit starkem Kfz-Verkehr (fließend und ruhend), z.B. Hauptverkehrsstraßen, Fernstraßen, sowie Großparkplätze als Dauerparkplätze mit häufiger Frequentierung,
   – Hof- und Verkehrsflächen in Misch-, Gewerbe- und Industriegebieten, soweit sie nicht den Kriterien für gering verschmutztes Niederschlagswasser unterliegen,
   – befestigte Flächen mit großen Tieransammlungen, z.B. Viehhaltungsbetriebe, Reiterhöfe, Schlachthöfe, Pelztierfarmen (offene Tierhaltung),
   – Start- und Landebahnen von Flughäfen im Winterbetrieb (Enteisung) sowie Flächen, auf denen eine Betankung, Enteisung oder Wäsche der Flugzeuge erfolgt,
   – befestigten Gleisanlagen,
   – Verkehrsflächen von Abwasserbehandlungs- und Abfallentsorgungsanlagen (z.B. Deponiegelände, Umschlaganlagen, Kompostierungsanlagen, Zwischenlager),
   – Flächen zur Lagerung und Zwischenlagerung industrieller Reststoffe und Nebenprodukte, von Recyclingmaterial und von Asche.
2. Abwasseranlagen im Sinne dieser Verordnung sind alle Anlagen, die Abwasser heben, transportieren, zurückhalten, lagern, sammeln oder behandeln. Abwasserhebeanlagen von Wohn- und Geschäftsgebäuden fallen nicht unter die Abwasseranlagen.
3. Abwasserbehandlungsanlagen sind Einrichtungen, die dazu dienen, die Schadwirkung des Abwassers zu vermindern oder zu beseitigen oder den im Zusammenhang

mit der Abwasserbehandlung anfallenden Klärschlamm für eine ordnungsgemäße Beseitigung aufzubereiten.
Kleinkläranlagen mit mehreren Kammern zur Behandlung häuslichen Abwassers mit einem Schmutzwasserzufluss von weniger als 8 cbm je Tag gehören ebenfalls zu den Abwasserbehandlungsanlagen. Abwassersammelgruben ohne Abfluss sind keine Abwasserbehandlungsanlagen im Sinne dieser Verordnung.

4. Abwasservorbehandlungsanlagen sind Anlagen, die Abwasser gewerblicher oder industrieller Betriebe so behandeln, dass eine Einleitung in die öffentliche Kanalisation auf Grundlage der geltenden wasserrechtlichen Regelungen zulässig ist.
5. Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne dieser Verordnung sind Anlagen zum Lagern, Abfüllen und Umschlagen wassergefährdender Stoffe (LAU-Anlagen) sowie Anlagen zum Herstellen, Behandeln und Verwenden von wassergefährdenden Stoffen (HBV-Anlagen) und Rohrleitungsanlagen zum Transport wassergefährdender Stoffe auf dem Werksgelände.
6. Bodenmaterial zur Verwertung ist gemäß § 2 Nr. 1 des Bundesbodenschutzgesetzes[3] (BBodSchG) Material aus Böden und deren Ausgangssubstraten einschließlich Mutterboden*, das im Zusammenhang mit Baumaßnahmen oder anderen Veränderungen der Erdoberfläche ausgehoben, abgeschoben oder behandelt wird.
   Es gilt auch als Bodenmaterial wenn mineralische Fremdbestandteile (z.B. Bauschutt, Schlacke, Ziegelbruch) bis zu 10 Vol.-% enthalten sind. Zur Verwertung ist das Material geeignet, wenn es aufgrund seiner Stoffeigenschaften den gesetzlichen und ministeriellen Anforderungen für eine Verwertung entspricht.
   * Mutterboden ist aufgrund seines Humusgehaltes zum Auf- und Einbringen auf oder in eine durchwurzelte Bodenschicht oder zur Herstellung einer durchwurzelbaren Bodenschicht geeignet. Dabei sind die Anforderungen der § 12 BBodSchV zu beachten.
7. Dauergrünland sind Flächen, die durch Einsaat oder auf natürliche Weise (Selbstaussaat) zum Anbau von Gras oder anderen Grünfutterpflanzen genutzt werden und mindestens fünf Jahre lang nicht Bestandteil der Fruchtfolge des Betriebes sind (5-Jahres-Regelung). Hierzu zählt zum Beispiel auch der ununterbrochene Anbau von Kleegras. Stilllegungsflächen oder vergleichbare Flächen und im Rahmen von Agrarumweltmaßnahmen (AUM), des Vertragsnaturschutzes oder Vertragsgewässerschutzes eingebrachte Ackerflächen fallen nicht unter diese Regelung.
8. Errichten, Erweitern, wesentliches Änderung, Stilllegen
   Errichten im Sinne dieser Verordnung ist das erstmalige Erstellen oder Anlegen von Anlagen, Gebäuden oder sonstigen Einrichtungen (z.B. Fischteichen, Badestrände) nach Inkrafttreten dieser Verordnung.
   Erweitern ist jede flächen- oder volumenmäßige Vergrößerung einer Anlage oder eines Gebäudes sowie jede Kapazitätserweiterung eines Lagers/einer Produktion, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung über den bereits genehmigten Umfang hinausgeht.
   Die Erweiterung beinhaltet immer auch eine wesentliche Änderung.
   Eine wesentliche Änderung im Sinne dieser Verordnung liegt dann vor, wenn sich aus der Umgestaltung einer bestehenden Anlage oder eines bestehenden Gebäudes sowie der Veränderungen von bestehenden Nutzungen und Betriebsabläufen im Hinblick auf den Gewässerschutz die Besorgnis einer Grundwassergefährdung ergibt.
   Stilllegen ist die dauerhafte Außerbetriebnahme einer Anlage.
9. Festmistlager im Sinne dieser Verordnung sind ortsfeste Anlagen zum nicht nur vorübergehenden Lagern von Festmist (stapelbares Gemisch aus Kot, Harn und Einstreu. Als Festmist gilt auch Geflügelmist mit nachweislich hohem Einstreuanteil (Tiefstreu) und N-Gehalten unter 11 kg N/t Frischmasse).
10. Freilandflächen sind nicht durch Gebäude oder Überdachungen ständig abgedeckte Flächen, unabhängig von ihrer Beschaffenheit oder Nutzung. Dazu gehören auch Verkehrsflächen jeglicher Art wie Gleisanlagen, Straßen-, Wege-, Hof- und Betriebsflächen sowie sonstige durch Tiefbaumaßnahmen veränderte Landflächen.
11. Freilandtierhaltung ist die im Rahmen der ordnungsgemäßen Landwirtschaft auf nicht überdachten Flächen durchgeführte Tierhaltung.
12. Gärrest ist der flüssige oder feste Rückstand, der bei der Vergärung von Biomasse in einer Biogasanlage zurückbleibt und aufgrund des hohen Nährstoffgehaltes i.d.R. als landwirtschaftlicher Dünger eingesetzt wird.
13. Eine Grundwasser schonende Düngung im Sinne dieser Verordnung liegt vor, wenn diese entsprechend der guten fachlichen Praxis nach dem Düngemittelrecht erfolgt.
14. Gülle ist Wirtschaftsdünger aus tierischen Ausscheidungen, auch mit geringen Mengen Einstreu oder Futterresten oder Zugabe von Wasser, dessen Trockensubstanzgehalt von 15 von Hundert nicht übersteigt.
    Jauche ist ein Gemisch aus Harn und ausgeschwemmten feinen Bestandteilen des Kotes oder der Einstreu sowie von Wasser; Jauche kann in geringem Umfang Futterreste sowie Reinigungs- und Niederschlagswasser enthalten.
15. Klärschlamm ist der bei der Behandlung von Abwasser in Abwasserbehandlungsanlagen einschließlich zugehöriger Anlagen zur weitergehenden Abwasserreinigung anfallender Schlamm, auch entwässert oder getrocknet oder in sonstiger Form behandelt. In Kleinkläranlagen anfallender Schlamm gilt als Klärschlamm im Sinne dieser Verordnung.
16. Mineralische Stoffe zur Verwertung im Sinne dieser Verordnung sind geprüfte mineralische Stoffe aus industriellen Prozessen und aus Bautätigkeiten, die aufgrund ihrer Stoffeigenschaften den gesetzlichen und ministeriellen Anforderungen für eine Verwertung entsprechen.
17. Nährstoffträger im Sinne dieser Verordnung sind alle Stoffe, die freie Nährstoffe enthalten oder solche nach einer Mobilisierung freisetzen, wie z. B. mineralische Düngemittel, Gülle, Jauche, Festmist, Silagesickersaft. Für Klärschlamm und Kompost und Gärresten aus Co-Fermenter-Anlagen werden in dieser Verordnung besondere Regelungen getroffen.
18. Pflanzenkompostierungsanlagen im Sinne dieser Verordnung sind Anlagen zum Herstellen von Kompost aus Pflanzenabfällen, Baum- und Strauchschnitt, in der Regel aus öffentlichen Anlagen und Grünflächen, die von der öffentlichen Müllabfuhr nicht erfasst werden.
19. Recyclingmaterial (RCL-Materialien) zur Verwertung im Sinne dieser Verordnung sind geprüfte mineralische Stoffe aus Bautätigkeiten, die in Anlagen sortiert und behandelt wurden und die aufgrund ihrer Stoffeigenschaften den gesetzlichen und ministeriellen Anforderungen für eine Verwertung entsprechen.
20. Rohrleitungen im Sinne dieser Verordnung sind Rohrleitungen zum Transport wassergefährdender Stoffe, die außerhalb eines Werksgeländes liegen und nicht den Bestimmungen des § 62 WHG, einschl. dazu erlassener Rechtsverordnungen unterliegen.
21. Wassergefährdende Stoffe
    a) sind bei Fernleitungen (Pipelines) flüssige oder gasförmige Stoffe, die geeignet sind, Gewässer zu verunreinigen oder sonst in ihren Eigenschaften nachteilig zu verändern. Sie werden in einer Rechtsverordnung des Bundes über wassergefährdende Stoffe bei der Beförderung in Rohrleitungen bestimmt.
    b) sind bei Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen feste, flüssige oder gasförmige Stoffe, die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Wassers nachteilig zu verändern. Sie werden in einer Rechtsverordnung

näher bestimmt und entsprechend ihrer Gefährlichkeit eingestuft (§ 62 WHG).

22. Anlagen mit erhöhtem Wassergefährdungspotential im Sinne dieser Verordnung sind gewerbliche Betriebe, in denen im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen im Sinne des § 62 WHG umgegangen wird (Lagern, Umschlagen, Abfüllen, Herstellen, Behandeln, Verwenden) sowie in erheblichem Umfang mit anderen Stoffen umgegangen wird, von denen aufgrund ihrer Art und Menge eine erhebliche Grundwassergefährdung ausgeht, insbesondere:
    - Akkumulatorenfabriken,
    - größere Beizereien und andere Betriebe, die ätzende Flüssigkeiten verwenden,
    - Chemikaliengroßhandlungen, chemische Großreinigungen,
    - chemische Fabriken,
    - Erdölraffinerien, Großtanklager, Hydrierwerke, Galvanikbetriebe, Härtereien, Weißblechwerke, Gaswerke, Kokereien, Kohlekraftwerke, Großgerbereien,
    - Kaliwerke, Salinen,
    - öffentliche Tankstellen,
    - Schlachthöfe, Molkereien, Brauereien, Biogasanlagen,
    - Zellulosefabriken, Zuckerfabriken
23. Wärmepumpen
    - Wärmepumpenanlagen im Sinne dieser Verordnung sind Anlagen, welche über einen in den Untergrund eingebrachten Wärmetauscher dem Boden bzw. dem Grundwasser Wärme entziehen (Heizbetrieb). Die durch den Wärmetauscher entzogene Wärme wird von der Wärmepumpe in einem Kreislaufprozess aus Verdampfen, Verdichten und Verflüssigen auf ein höheres Temperaturniveau angehoben (Wärmepumpenkreislauf). Durch Umkehrung dieses Prozesses wie auch durch eine direkte Betriebsweise unter Umgehung des Wärmepumpenkreislaufes kann Wärme dem Untergrund wieder zugeführt werden (Kühlbetrieb).
    - Arbeits-/Kältemittel im Sinne dieser Verordnung ist ein flüssiger/gasförmiger Stoff, der im Wärmepumpenkreislauf zirkuliert.
    - Erdwärmesonden im Sinne dieser Verordnung sind Wärmetauscher, die vertikal oder schräg in den Untergrund eingebracht werden. Sie werden aus nahtlos gefertigten Rohrleitungen hergestellt und mit einem speziellen Umlenkstück (Sondenfuß) werksfertig verbunden.
    - Erdwärmekollektoren im Sinne dieser Verordnung sind Wärmetauscher, die aus nahtlos gefertigten Rohrleitungen bestehen, welche horizontal und in einer Tiefen von bis zu 5 Meter unter Geländeoberkante eingebaut werden. Abweichend von dieser Ausführungsart bestehen diverse Sonderbauformen (z.B. Grabenkollektor, Energiezaun), die aufgrund ihrer Einbautiefe und Funktionsweise im Sinne dieser Verordnung unter dem Sammelbegriff Erdwärmekollektoren geführt werden.
    - Wärmeträgermedium im Sinne dieser Verordnung ist ein gasförmiger oder flüssiger Stoff, der die Wärme aus dem Untergrund oder dem Grundwasser aufnimmt, zum Wärmepumpenkreislauf transportiert und mittels Wärmetauscher an den Wärmepumpenkreislauf abgibt.
    - Direktverdampfersysteme im Sinne dieser Verordnung sind Wärmepumpenanlagen, bei denen das Arbeits-/Kältemittel selbst auch als Wärmeträgermedium dient und in dem im Untergrund eingebrachten Wärmetauscher zirkuliert (= Sonderbauformen von Erdwärmesonden bzw. Erdwärmekollektoren).

§ 3
Schutz in den quantitativen Zonen B, A und den qualitativen Zonen III – I

(1) Die quantitativen Schutzzonen B (Fließsystem, Darstellung in violett) und A (Neubildungsgebiet, Darstellung in blau) sollen gewährleisten, dass keine Beeinträchtigungen des hydraulischen Systems erfolgen, die zu einer Minderung der Schüttung oder Entnahmemenge oder zu einer Veränderung des individuellen Charakters der Heilquelle führen.

(2) Die qualitative Zone III (Weitere Schutzzone, Darstellung in gelb-schraffiert) soll grundsätzlich den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen gewährleisten, insbesondere vor dem Eintrag von nicht oder nur schwer abbaubaren chemischen, von radioaktiven und von sonstigen, die natürliche Reinheit des Heilwassers verändernden Stoffen.

(3) Die qualitative Zone II (Engere Schutzzone, Darstellung in grün) soll zusätzlich Schutz vor Verunreinigungen durch pathogene Mikroorganismen (z.B. Viren, Bakterien, Parasiten und Wurmeiern) und vor sonstigen Beeinträchtigungen gewährleisten, die von verschiedenen menschlichen Tätigkeiten und Einrichtungen ausgehen und wegen ihrer Nähe zur Fassungsanlage besonders gefährdend sind.

(4) Die Zone I (Fassungsbereich, Darstellung in rot) soll den Schutz der Gewinnungsanlage und ihrer unmittelbaren Umgebung vor jeglichen Verunreinigungen und Beeinträchtigungen gewährleisten.

(5) Die einzelnen Verbotstatbestände, Genehmigungserfordernisse und Anzeigepflichten in den Zonen B, A, III, II und I folgen aus der dieser Verordnung beigefügten Anlage A. Soweit die Regelungen sich auf das Errichten, Herstellen, Erweitern oder wesentliche Ändern beziehen, gelten sie nicht für den rechtmäßigen Vollzug einer zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Verordnung vorliegenden bestandskräftigen Genehmigung.

(6) Anlagen und sonstige Einrichtungen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung rechtmäßig bestehen und die nach Maßgabe des sonstigen öffentlichen Rechtes in Bestand und Betrieb geschützt sind, genießen Bestandsschutz.

§ 4
Militärische Übungen und Liegenschaften

Bei der Bewertung einzelner militärischer Handlungen ist es neben dem unmittelbaren Schutz des Wassers vor Verunreinigungen wesentlich, die als Filter wirkenden natürlichen Deckschichten möglichst zu erhalten.

§ 5
Duldungs- und Handlungspflichten

(1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigen von Grundstücken im Geltungsbereich dieser Verordnung sowie die begünstigten Unternehmen haben die wasserbehördliche Überwachung des Heilquellenschutzgebietes, insbesondere hinsichtlich der Befolgung der Vorschriften dieser Verordnung und der nach ihr getroffenen Anordnungen, sowie Beobachtungen der Gewässer und des Bodens gemäß §§ 52 Abs. 1 Nr. 2c, 53 Abs. 3 und 101 WHG zu dulden.

(2) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigen von Grundstücken können gemäß dem WHG verpflichtet werden, bestimmte auf das Grundstück bezogene Handlungen vorzunehmen, insbesondere die Grundstücke nur in bestimmter Weise zu nutzen, soweit der Schutzzweck dieses erfordert (§ 52 Abs. 1 Nr. 2a WHG).

(3) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken im Geltungsbereich dieser ordnungsbehördlichen Verordnung sowie das begünstigte Unternehmen sind darüber hinaus verpflichtet zu dulden,

1. die Errichtung, den Betrieb und die Unterhaltung von Einrichtungen zur Sicherung der Zone I gegen unbefugtes Betreten,
2. das Aufstellen, die Unterhaltung oder die Beseitigung von Hinweis-, Warn-, Gebots- und Verbotszeichen,
3. das Beseitigen von Mulden, Erdaufschlüssen und Ablagerungen,
4. das Betreten der Grundstücke durch Bedienstete der zuständigen Behörden zur Beobachtung, Messung und Untersuchung des Grundwassers und zur Entnahme von Bodenproben,

5. die Anlage und den Betrieb von Grundwassermessstellen,
6. die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Sicherung gegen Überschwemmungen, und
7. die Kontrolle der Funktion und des Betriebes von Abwasseranlagen

(4) Die zuständige Behörde ordnet gegenüber den betroffenen Eigentümern oder Nutzungsberechtigten die gemäß den Absätzen 2 bis 3 zu duldenden oder die durchzuführenden Maßnahmen an. Dazu kann eine Beteiligung der Betreiber der Heilquellen, bei fachspezifischen Fragen ggf. auch von Trägern öffentlicher Belange (z.B. die Landwirtschaftskammer, Wald- und Forstbehörden) erforderlich sein. Soweit bergrechtliche Belange berührt sind, ergeht die Entscheidung im Benehmen mit der zuständigen Bergbehörde.

§ 6
Düngung in Heilquellenschutzgebieten
(nur qualitative Schutzzonen I, II und III)

(1) Ziel der Grundwasser schonenden Düngung im Sinne dieser Verordnung gemäß § 2 Nr. 13 ist es, die Gewässer im Interesse der bestehenden oder künftigen Nutzung der Heilquellen im Geltungsbereich dieser Verordnung unter Berücksichtigung der im Einzugsgebiet gegebenen hydrogeologischen Verhältnisse vor nachteiligen Auswirkungen durch eine nicht im Rahmen ordnungsgemäßer Landwirtschaft oder eines ordnungsgemäßen Erwerbsgartenbaus erfolgten Ausbringung von Düngemitteln zu schützen.

(2) Beim Düngen dürfen Düngemittel nur nach der Düngeverordnung[4] in der jeweils gültigen Fassung ausgebracht werden. Der Düngebedarf für Stickstoff und Phosphor ist fruchtspezifisch für jeden Schlag nach den Vorgaben der Düngeverordnung vor der Düngung zu ermitteln.

(3) Die Düngebedarfsermittlung und -anwendung für Stickstoff und Phosphor hat nach einem aktuellen Düngeplan zu erfolgen. Die Düngeplanung ist zu dokumentieren, ebenso die tatsächlich durchgeführte Düngung über eine Ackerschlagkartei. Beides ist mindestens 7 Jahre aufzubewahren. Die Aufzeichnungen sind auf Verlangen der zuständigen Wasserbehörde zur Verfügung zu stellen. Bei der Erstellung des Düngeplanes sind die jeweils aktuellen Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer zu beachten.

Für die Ermittlung des Düngebedarfs für Stickstoff sind für den Zeitpunkt der Düngung frucht- und standortspezifisch gebietsrepräsentative N_{min}-Proben (0 bis 90 cm) aus dem Heilquellenschutzgebiet für jeden Schlag heranzuziehen bzw. zu ermitteln.

(4) Mindestens alle 5 Jahre sind für Betriebe über 3 ha bewirtschafteter Gesamtfläche im Heilquellenschutzgebiet am Ende der Vegetationsperiode (20. Oktober - 10. November) von dem bewirtschaftenden Landwirt N_{min}-Untersuchungen nach dem Beratungskonzept der Landwirtschaftskammer durchzuführen. Die Auswahl der Beprobungsflächen hat so zu erfolgen, dass die Bewirtschaftungspraxis und die Standorttypen repräsentativ erfasst werden.

Eine Durchschrift der Untersuchungsergebnisse zum Ende der Vegetationsperiode ist bis zum 31. Januar des Folgejahres der zuständigen Kreisstelle der Landwirtschaftskammer zuzuleiten. Auf Verlangen sind der zuständigen Wasserbehörde die Untersuchungsergebnisse zur Verfügung zu stellen.

(5) Erforderliche Bodenuntersuchungen über die im Boden verfügbaren N_{min}-Mengen sind einschließlich der Probenahme von einer fachlich geeigneten, neutralen Stelle durchzuführen. Die zuständige Wasserbehörde ist berechtigt, weitere Bodenproben zu entnehmen oder von einer neutralen Stelle entnehmen zu lassen.

§ 7
Anwendung von Pflanzenschutzmitteln
(nur qualitative Schutzzonen I, II und III)

(1) Soweit sie zugelassen sind, darf die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf Freilandflächen nur nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis erfolgen, unter Beachtung des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG)[5], der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen, unter anderem der Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel[6] sowie entsprechender Verwaltungsvorschriften (Pflanzenschutz-Freiflächenanwendungsvorschrift[7]).

Pflanzenschutzmittel dürfen nach diesen Vorschriften nicht angewandt werden, soweit der Anwender damit rechnen muss, dass ihre Anwendung schädliche Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier oder das Grundwasser oder sonstige erhebliche schädliche Auswirkungen, insbesondere auf den Naturhaushalt, hat. Sie dürfen ferner nicht in oder unmittelbar an oberirdischen Gewässern angewandt werden. Der Anwender muss im Besitz eines Sachkundenachweisesi sein.

(2) Bei Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Heilquellenschutzgebieten sind die Beratungsempfehlungen der Landwirtschaftskammer und Forstbehörden zu berücksichtigen. Über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln sind Aufzeichnungen zu führen, aus denen sich ergeben müssen:
- Name des Anwenders,
- die Angabe der behandelten Fläche (zum Beispiel Bezeichnung der behandelten Fläche oder Bewirtschaftungseinheit),
- das Anwendungsdatum,
- das verwendete Pflanzenschutzmittel,
- die Aufwandmenge und
- das Anwendungsgebiet (Kulturpflanze, die auf der betreffenden Anwendungsfläche angebaut wird).

PSM-Aufzeichnungen über die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln aus anderen Aufzeichnungspflichten (CC) sind dieser Aufzeichnung gleich zu setzen. Die Aufzeichnungen sind 7 Jahre aufzubewahren und der Landwirtschaftskammer sowie der zuständigen Wasserbehörde auf Verlangen vorzulegen.

§ 8
Genehmigungen

(1) Die Genehmigung für genehmigungsbedürftige Tatbestände nach der Anlage A ist zu versagen, wenn schädliche, auch durch Nebenbestimmungen nicht vermeidbare oder nicht ausgleichbare Gewässerveränderungen zu erwarten sind. Über die Genehmigungen nach § 3 Abs. 4 in Verbindung mit der Anlage A dieser Verordnung entscheidet die zuständige Wasserbehörde. Dem Genehmigungsantrag sind in mindestens dreifacher Ausfertigung Unterlagen, wie Beschreibungen, Pläne, Zeichnungen, Berechnungen und sonstige Nachweise beizufügen, soweit sie zur Beurteilung des Antrages erforderlich sind.

(2) Die zuständige Wasserbehörde kann vor ihrer Entscheidung die Betreiber der Heilquellen und bei fachspezifischen Fragen ggf. auch Träger öffentlicher Belange beteiligen. Sind Betriebe betroffen, die der Bergaufsicht unterliegen, ist die zuständige Bergbehörde zu hören.

(3) Die Genehmigung kann mit Bedingungen und Auflagen versehen und befristet werden. Sie kann zurückgenommen oder nachträglich mit zusätzlichen Anforderungen versehen oder weiteren Einschränkungen unterworfen werden, soweit es das Interesse der Nutzung der Heilquellen gebietet, das Grundwasser im Rahmen dieser Verordnung vor nachteiligen Einwirkungen zu schützen, die bei der Erteilung der Genehmigung nicht voraussehbar waren. Sie kann auch einmalig für eine bestimmte Zahl in der Zukunft liegender Handlungen gleicher Art erteilt werden. Die Vorschriften des allgemeinen Ordnungsrechts und des Verwaltungsverfahrensgesetzes NRW bleiben unberührt.

(4) Einer besonderen Genehmigung nach den Vorschriften dieser Verordnung bedarf es nicht für Handlungen, die nach anderen Bestimmungen einer Erlaubnis, Bewilligung, Genehmigung, bergrechtlichen Betriebsplanzulassung oder sonstigen behördlichen Zulassung mit Konzentrationswirkung bedürfen. Entscheidungen anderer als nach Wasserrecht zuständiger Behörden, die sich auf das Heilquellenschutzgebiet beziehen, ergehen im Einvernehmen mit der nach Wasserrecht zuständigen Behörde, es sei denn, die Entscheidung ergeht im Planfeststellungsverfahren (§ 14 Abs. 4 LWG).

§ 9
Befreiungen vom Verbot der Schutzgebietsverordnung

(1) Die zuständige Wasserbehörde kann auf Antrag von den Verboten des § 3 Abs. 5 und der Anlage A dieser Verordnung Befreiung erteilen, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Allgemeinwohls dies erfordern. Vor der Entscheidung ist der Betreiber der Heilquellen zu hören.

(2) Den Betreibern der Heilquellen kann auf Antrag von der zuständigen Wasserbehörde Befreiung von den Verboten dieser Verordnung für die Zonen II und III sowie A und B erteilt werden, soweit dies zum Betrieb der Heilquellen erforderlich und mit den Belangen des Wohls der Allgemeinheit vereinbar ist.

(3) Vor den Entscheidungen über eine Befreiung nach Abs. 1 oder Abs. 2 ist von der zuständigen Wasserbehörde in hygienischen und gesundheitlichen Fragen eine Stellungnahme des zuständigen Gesundheitsamtes einzuholen.

(4) Im Übrigen gelten die Vorschriften des § 8 Absatz 1-4 entsprechend.

§ 10
Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig nach § 103 Absatz 1 Nr. 8a WHG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig eine nach dieser Verordnung verbotene oder genehmigungspflichtige Handlung vornimmt, für die keine Befreiung nach § 9 oder keine Genehmigung nach § 8 vorliegt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 103 Absatz 2 WHG mit einer Geldbuße bis zu 50 000,– € geahndet werden.

§ 11
Zuständigkeit

Für Entscheidungen aufgrund dieser Heilquellenschutzgebietsverordnung ist grundsätzlich der Kreis Höxter bzw. der Kreis Paderborn zuständig. Soweit Anlagen nach Anhang I der Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz[8] unmittelbar betroffen sind, ist die Bezirksregierung Detmold die zuständige Behörde.

§ 12
Andere Rechtsvorschriften

Die in anderen Rechtsvorschriften vorgesehenen Verbote, Genehmigungs-, Zulassungs-, Duldungs- und Anzeigepflichten oder Beschränkungen bleiben unberührt.

§ 13
Entschädigungs- und Ausgleichszahlung

(1) Soweit eine Schutzbestimmung dieser Verordnung das Eigentum unzumutbar beschränkt und diese Beschränkung nicht vermieden oder ausgeglichen werden kann, hat die begünstigte Person eine Entschädigung zu leisten. (§ 52 Abs. 4 WHG)

(2) Eine Ausgleichszahlung ist zu leisten, wenn eine in der Anlage A aufgeführte Schutzbestimmung erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche oder gärtnerische Nutzung eines Grundstücks erschweren oder mit zusätzlichen Kosten belasten, soweit nicht eine Entschädigungspflicht besteht (§ 52 Abs. 5 WHG, § 15 LWG).

(3) Die Höhe der Entschädigung/des Ausgleichs wird auf Antrag von der Bezirksregierung Detmold festgesetzt, wenn zwischen der begünstigten Person und den Beteiligten keine gütliche Einigung erzielt werden kann. Für das Verfahren gelten die §§ 96 bis 99 WHG.

§ 14
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese ordnungsbehördliche Verordnung tritt am 15. Dezember 2016 in Kraft.

Gleichzeitig verliert die ordnungsbehördliche Verordnung über die vorläufige Anordnung von Verboten und Genehmigungspflichten im Einzugsbereich der Heilquellen vom 29. Oktober 2015 ihre Gültigkeit.

Detmold, den 22. November 2016
54.04.05.62

Bezirksregierung Detmold
als Obere Wasserbehörde
In Vertretung
Berghahn

[1] Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I Nr. 51, S. 2585)
[2] Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz – LWG) vom 25. Juni 1995 (GV. NRW S. 926)
[3] Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundesbodenschutzgesetz – BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502)
[4] Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung – DüV) vom 27. Februar 2007 (BGBl. I S. 221)
[5] Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz – PflSchG) vom 6. Februar 2012 (BGBl. S 148)
[6] Verordnung über Anwendungsverbote für Pflanzenschutzmittel (Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung) vom 10. November 1992 (BGBl. I S. 1887)
[7] Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf nicht landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Freilandflächen – Verwaltungsvorschriften – Pflanzenschutz-Freiflächenanwendungsvorschrift; Gemeinsamer Runderlass des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft und des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr vom 27. März 2000 (MBl. NRW S. 455)
[8] Zuständigkeitsverordnung Umweltschutz (ZustVU) vom 3. Februar 2015 (GV. NRW, S. 268)

ABl. Reg. Dt. 2016, S. 273-278

**309 Kirchen;
hier: Aufhebung der
Katholischen Kirchengemeinden
Pfarrvikarie Heilig Geist Gütersloh,
Pfarrei Christ-König Gütersloh,
Pfarrei Hl. Familie Gütersloh
und Pfarrei Liebfrauen Gütersloh und Zuweisung
deren Pfarrgebiete
an die Katholische Kirchengemeinde
Pfarrei St. Pankratius Gütersloh**

Urkunde

über die Aufhebung der Katholischen Kirchengemeinden
Pfarrvikarie Heilig Geist Gütersloh,
Pfarrei Christ-König Gütersloh, Pfarrei Hl. Familie Gütersloh
und Pfarrei Liebfrauen Gütersloh
und über die Zuweisung deren Pfarrgebiete
an die Katholische Kirchengemeinde Pfarrei
St. Pankratius Gütersloh

Nach Durchführung der erforderlichen Anhörungen wird bestimmt:

Artikel 1

Die Katholischen Kirchengemeinden Pfarrvikarie Heilig Geist Gütersloh, Pfarrei Christ-König Gütersloh, Pfarrei Hl.

Anlage A

zur ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Heilquellenschutzgebietes „Bad Driburg“

-Heilquellenschutzgebietsverordnung Bad Driburg vom 22. November 2016 -

Genehmigungsbedürftige und verbotene Handlungen und Maßnahmen in den quantitativen und qualitativen Schutzzonen

Zeichenerklärung: V = Handlung oder Maßnahme ist verboten
G = Handlung oder Maßnahme unterliegt der Genehmigungspflicht durch die zuständige Wasserbehörde
- - - = durch Schutzgebietsverordnung nicht geregelt

Schutzzone I: Es sind alle hier aufgeführten Handlungen und Maßnahmen verboten mit Ausnahme derjenigen, die für das ordnungsgemäße Betreiben, Warten oder Unterhalten der Heilquellen erforderlich sind.

1. Quantitativer Schutz (Tabelle 1):

Die Schutzzonen A und B regeln den quantitativen Schutz der Heilquellen. Da sich die quantitativen Schutzzonen **in Teilbereichen** mit den qualitativen Schutzzonen II und III überlagern**, sind in den Überlagerungsbereichen zusätzlich** die Schutzbestimmungen des qualitativen Schutzes (Tabelle 2) zu berücksichtigen.

Nr.	Handlung	B - quantitativer Schutz -	A - quantitativer Schutz -
1.	**Bauliche Anlagen** Errichten, Erweitern und wesentliches Ändern von Bauwerken, die zumindest zeitweise Kontakt mit dem Grundwasser haben	**- - -**	**G**
2.	**Bergbau** Durchführung von Tätigkeiten zum Aufsuchen und Gewinnen von Bodenschätzen einschl. Fracking sowie Verpressung von CO_2	**V**	**V**
3. 3.1	**Bohrungen** Bohrungen über 3 m bis 10 m Tiefe unter GOK	**- - -**	**G** **Ausnahme:** - Bohrungen für geologische und bodenkundliche Landesaufnahme - für Grundwasserbeobachtungsdienste
3.2	Bohrungen über 10 m Tiefe unter GOK	**G**	**V** **G:** Bohrungen für den Kurbetrieb sowie für Trinkwasser- und Betriebswasserentnahmen
4	**Gasgewinnung (CO_2)** Anlagen zur Gewinnung von Gas aus dem Untergrund - Errichten - wesentliches Ändern	 **V** **G**	 **V** **G**

Nr.	Handlung	B - quantitativer Schutz -	A - quantitativer Schutz -
5. 5.1	**Grundwasserbenutzung** Das Entnehmen, Zutageleiten und Zutagefördern von Grundwasser, aus Tiefen bis zu 10 m unter GOK aus Tiefen von über 10 m unter GOK	**- - -** **G**	**G** **Ausnahme:** ausgenommen erlaubnisfreie Benutzungen **V** **G:** Benutzungen für den Kurbetrieb sowie für Trinkwasser- und Betriebswasserentnahmen
5.2	Das vorübergehende Absenken des Grundwasserstandes (Wasserhaltung) von mehr als 3 m unter GOK, das Aufstauen und Umleiten von Grundwasser	**G** **Ausnahme:** erlaubnisfreie Gewässerbenutzungen	**G** **Ausnahme:** erlaubnisfreie Gewässerbenutzungen
6.	**Sprengungen** - das Durchführen von unterirdischen Sprengungen	**G**	**V** **G:** Sprengungen zur Brunnenregenerierung
7.	**Wärmepumpen** zur Nutzung von Erdwärme und/oder Grundwasser unter Beachtung der zulässigen Bohrtiefen gemäß Ziffer 3 (Tabelle 1) Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern		
7.1	Wärmepumpe mit Förder - und Schluckbrunnen	**G**	**V**
7.2	Wärmepumpen mit Erdwärmesonden	**G**	**V**

2. Qualitativer Schutz (Tabelle 2):

Die Schutzzonen II und III regeln den qualitativen Schutz der Heilquellen. Da die qualitativen Schutzzonen von den quantitativen Schutzzonen A bzw. B überlagert werden, sind **zusätzlich** die Schutzbestimmungen des quantitativen Schutzes (Tabelle 1) zu berücksichtigen.

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
1	**Abfallentsorgungsanlagen**		
1.1	**Anlagen zur Ablagerung von Abfallstoffen jeder Art**		
1.1.1	Errichten und Erweitern	**V**	**V**
1.1.2	wesentliches Ändern	**V** **G**: Änderungen, die den Gewässerschutz erhöhen	**V**
1.2	**Abfallumschlag- und Abfallzwischenlager** Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	**V** **G:** Zwischenlagern von Abfallstoffen im Rahmen von Baumaßnahmen für eine Dauer von höchstens 12 Monaten	**V**
1.3	**Abfallbehandlungsanlagen** Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern Ausnahme: Anlagen zur Kompostherstellung (s. Nr. 1.4)	**V** **G**: Anlagen, in denen feste Abfallstoffe durch Sortieren, Bearbeiten oder Aufbereiten für den Wirtschaftskreislauf zurück gewonnen werden	**V**
1.4	**Anlagen zur Kompostherstellung** Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern **Pflanzenkompostierungsanlagen** - über 20 t/a Durchsatz - bis 20 t/a Durchsatz Eigenkompostierungsanlagen - einschließlich für den Kurpark	**V** **G** **- - -** **- - -**	**V** **V** **V** **- - -**
2	**Abgrabungen, Erdaufschlüsse**	**V**	**V**
2.1	Maßnahmen, durch die das Grundwasser dauernd oder zeitweise freigelegt wird	**Ausnahme:** Baugruben	**G:** Baugruben
2.2	Maßnahmen, durch die die Grundwasserüberdeckung oder eine reinigende Schicht wesentlich vermindert wird	**V** **Ausnahme:** Baugruben und Maßnahmen, bei denen eine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers verbleibt oder wieder hergestellt wird	**V** **G:** Baugruben und Maßnahmen, bei denen eine ausreichende und dauerhafte Sicherung zum Schutz des Grundwassers verbleibt oder wieder hergestellt wird

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
3 3.1 3.1.1	**Abwasseranlagen** **Abwasserbehandlungs-anlagen** Errichten	**V** **G:** Regenwasserbehand-lungsanlagen, Regenüber-laufbecken und Bodenfilter-anlagen. Abwasservorbe-handlungsanlagen von Ge-werbebetrieben sowie Kleinstanlagen wie z.B. Amalgamabscheider bei Zahnärzten und Leichtflüs-sigkeitsabscheider; Klein-kläranlagen von Einzelan-wesen nach DIN 4261 Teil 2 und 4 oder mit einer an-deren gleichwertigen Reini-gungsleistung	**V**
3.1.2	Wesentliches Erweitern	**G**	**V**
3.1.3	Wiederherstellen, wesentliches Än-dern	**G**	**V** **G:** Sanierungen, die dem Gewässerschutz dienen
3.2	**Kanalisation** einschließlich Sonderbauwerken Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	**V** **G:** Entwässerungsanlagen, die entsprechend den An-forderungen des **Arbeits-blattes** ATV-DVWK A 142 errichtet und betrieben wer-den	**V** **G:** Entwässerungsanlagen, die entsprechend den An-forderungen des **Arbeits-blattes** ATV-DVWK A 142 errichtet und betrieben wer-den
4 4.1 4.1.1	**Abwasser** **Schmutzwasser** <u>unbehandelt:</u> Einleiten in oberirdische Gewässer bzw. in den Untergrund; Aufbringen auf Flächen	**V**	**V**
4.1.2 4.1.2.1	<u>behandelt:</u> Einleiten in oberirdische Gewässer	**G** **Ausnahme:** Einleitungen aus Kleinkläranlagen	**V**
4.1.2.2	Aufbringen auf Flächen über die be-lebte Bodenzone	**G**	**V**
4.1.2.3	Einleiten, Versickern in den Unter-grund	**V** **G**: Einleiten/Versickern aus Kleinkläranlagen, die die Voraussetzungen der Ziffer 3.1.1 erfüllen	**V** **G**: wie in Zone III

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
4.2	**Kühlwasser**		
4.2.1	<u>lediglich thermisch verändertes, unverschmutztes Kühlwasser</u>		
4.2.1.1	Einleiten in oberirdische Gewässer	**G**	**V**
4.2.1.2	Einleiten in den Untergrund durch		
	a) punktuelles Einleiten (Schachtversickerung)	**V**	**V**
	b) linienförmiges Einleiten (Rigolen, Kiesrigolen, Rohrversickerung)	**G**	**V**
	c) flächiges Einleiten		
	- über die belebte Bodenzone (Versickerungsbecken, Mulde)	**G**	**G**
	- als Flächenversickerung (Öko-Pflaster, Pflaster, Grünflächen)	**- - -**	**- - -**
4.2.2	<u>verschmutztes Kühlwasser</u> wie unter Ziffer 4.1 ff		
4.3	**Niederschlagswasser**		
4.3.1	<u>unverschmutzt:</u>		
4.3.1.1	Einleiten in oberirdische Gewässer	**G**	**G**
4.3.1.2	<u>unverschmutzt:</u> Einleiten in den Untergrund:		
	a) punktuelles Einleiten (Schachtversickerung)	**V**	**V**
	b) linienförmiges Einleiten (Rigolen, Kiesrigolen, Rohrversickerung)	**G**	**V**
	c) flächiges Einleiten		
	- über die belebte Bodenzone (Versickerungsbecken, Mulde)	**G**	**G**
	- als Flächenversickerung (Öko-Pflaster, Pflaster, Grünflächen)	**- - -**	**- - -**
4.3.2	<u>gering verschmutzt:</u>		
4.3.2.1	Einleiten in oberirdische Gewässer	**G**	**V**
4.3.2.2	Einleiten in den Untergrund:		
	a) punktuelles Einleiten (Schachtversickerung)	**V**	**V**
	b) linienförmiges Einleiten (Rigolen, Kiesrigolen, Rohrversickerung)	**V**	**V**
	c) flächiges Einleiten		
	- über die belebte Bodenzone (Versickerungsbecken, Mulde)	**G**	**G**
	- als Flächenversickerung (Öko-Pflaster, Pflaster, Grünflächen etc)	**- - -**	**- - -**

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
4.3.3 4.3.3.1	<u>stark verschmutzt:</u> Einleiten in oberirdische Gewässer	**V** **G:** Einleiten von Niederschlagswasser von außerörtlichen Fernstraßen und Hauptverkehrsstraßen unter Berücksichtigung der RiStWag	**V**
4.3.3.2	Einleiten in den Untergrund: a) punktuelles Einleiten (Schachtversickerung) b) linienförmiges Einleiten (Rigolen, Kiesrigolen, Rohrversickerung) c) flächiges Einleiten - über die belebte Bodenzone (Versickerungsbecken, Mulde) - als Flächenversickerung (Öko-Pflaster, Pflaster, Grünflächen) d) Einleiten von Niederschlagswasser von außerörtlichen Fernstraßen und Hauptverkehrsstraßen unter Berücksichtigung der RiStWag	**V** **V** **V** **G:**Verrieselungen von Niederschlagswasser von landw. Betriebsflächen unter den Vorgaben der guten landwirtschaftlichen Praxis auf landwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Flächen **G**	**V** **V** **V** **V**
5. 5.1	**Anlagen** **bauliche Anlagen** Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern von Bauwerken, die zumindest zeitweise Kontakt mit dem Grundwasser haben	**G**	**G**
5.2 5.2.1	**Anlagen mit erhöhtem Wassergefährdungspotential im Sinne dieser Verordnung** (siehe § 2 der VO, Ziff. 22) Errichten, Erweitern	**V** **G:** Tankstellen und chemische Reinigungen mit besonderen Vorkehrungen zum Gewässerschutz	**V**
5.2.2	wesentliches Ändern	**V** **G:** Änderungen, die dem Gewässerschutz dienen	**V**
5.3 5.3.1	**Anlagen zum Lagern, Ablagern und Behandeln von mehr als 5 Autowracks sowie Altreifen** Errichten, Erweitern	**V**	**V**
5.3.2	wesentliches Ändern	**G**	**V**

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
5.4	**Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen** Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern von Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen mit einem Volumen von mehr als 220 l	**G**	**V** **G:** wesentliches Ändern, das dem Gewässerschutz dient
6 6.1	**Bebauung** Ausweisen neuer Gewerbe- und Industriegebiete	**G**	**V**
6.2	Ausweisen neuer Baugebiete	**G**	**V**
7	**Bergbau** Durchführung von Tätigkeiten zum Aufsuchen und Gewinnen von Bodenschätzen einschl. Fracking sowie Verpressung von CO_2	**V**	**V**
8 8.1	**Bohrungen** Bohrungen über 3 m bis 10 m Tiefe unter GOK	**G** **Ausnahme:** - Bohrungen für geologische und bodenkundliche Landesaufnahme - für Grundwasserbeobachtungsdienste Brunnen für erlaubnisfreie Benutzungen	**G** **Ausnahme:** - Bohrungen für geologische und bodenkundliche Landesaufnahme - für Grundwasserbeobachtungsdienste
8.2	Bohrungen über 10 m Tiefe unter GOK	**V** **G:** Bohrungen für den Kurbetrieb sowie für Trink- und Betriebswasserentnahmen	**V** **G:** Bohrungen für den Kurbetrieb sowie für Trink- und Betriebswasserentnahmen
9	**Camping- / Zeltplätze** Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	**G**	**V**
10 10.1	**Fischerei** **Gewerbliche Fischhaltung** mit regelmäßiger Zufütterung	**V**	**V**
10.2	**Fischteiche** Anlegen, Erweitern, wesentliches Ändern	**V** **Ausnahme:** Zierteiche oder in Landschaftsplänen festgesetzte Teiche	**V** **Ausnahme:** wie Zone III
10.3	**Fischzucht** als Netztierhaltung	**V**	**V**
11 11.1	**Forstwirtschaft** Umwandeln von Wald und forstwirtschaftlich genutzte Flächen in andere Nutzungsarten	**G**	**V**
11.2	Aufbringen von Nährstoffträgern Ausnahme: Klärschlamm (s. Ziffer 16) und Kompost (s. Ziffer 17)	**V** **Ausnahme:** Anschubdüngung mit Mineraldünger und Festmist; forstwirtschaftliche Kompensationsdüngung zur Eindämmung von Waldschäden im Rahmen ministerieller Vorgaben	**V** **Ausnahme:** wie Zone III

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
11.3	Errichten von Holzlagerplätzen mit Beregnung oder bei Verwendung von Behandlungsmitteln (Insektizide, Fungizide)	**G**	**V**
12 12.1	**Friedhöfe,** ausgenommen Friedwald Neuanlagen	 **V**	 **V**
12.2	Erweitern	**G**	**V**
16 16.1 16.2	**Gartenanlagen (Klein-)** im Sinne des Bundeskleingartengesetzes sowie Grabeland - Neuanlagen, - Erweitern, wesentliches Ändern	 **V** **G**	 **V** **V**
17	**Golfsportanlagen** Neuanlagen	**V**	**V**
15 15.1	**Grundwasserbenutzung** Das Entnehmen, Zutageleiten und Zutagefördern von Grundwasser, ausgenommen erlaubnisfreie Benutzungen aus Tiefen bis zu 10 m unter GOK aus Tiefen von über 10 m unter GOK	 **G** **V** **G:** für den Kurbetrieb sowie für Trink- und Betriebswasserentnahmen	 **G** **V** **G:** für den Kurbetrieb sowie für Trink- und Betriebswasserentnahmen
15.2	Das vorübergehende Absenken des Grundwasserstandes (Wasserhaltung) von mehr als 3 m unter GOK, das Aufstauen und Umleiten von Grundwasser	**G** **Ausnahme:** in Verbindung mit erlaubnisfreier Gewässerbenutzung	**V** **Ausnahme:** in Verbindung mit erlaubnisfreier Gewässerbenutzung
16	**Klärschlamm** Auftrag auf landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzte Flächen sowie Auftrag zur Rekultivierung im Landschaftsbau	**V**	**V**
17 17.1	**Kompost** Auftrag auf landwirtschaftlich oder gartenbaulich genutzte Flächen (auch Haus- und Kleingärten)	**G** **Ausnahme:** Gütegesicherter Kompost mit RAL-Gütezeichen „geeignet für WSZ III“, Kompost aus Pflanzenkompostierungsanlagen (Grünschnitt)oder aus der Eigenkompostierung	**V** **Ausnahme:** Gütegesicherter Kompost mit RAL-Gütezeichen „geeignet für WSZ II“, Kompost aus Pflanzenkompostierungsanlagen (Grünschnitt)oder aus der Eigenkompostierung
17.2	Auftrag auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen	**V** **G:** forstwirtschaftliche Rekultivierungsmaßnahmen	**V**
17.3	Auftrag zur Rekultivierung im Landschaftsbau	**G**	**V**
18 18.1	**Landwirtschaft, Gartenbau** Errichten von stationären Einrichtungen zur **Beregnung**	 **G**	 **V**

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
18.2	**Dauergrünland** Umbrechen oder Umwandeln zur Nutzungsänderung	**V**	**V**
18.3 18.3.1	**Festmistlagerung** auf unbefestigter Fläche in der Feldflur	**V** **Ausnahme:** Lagerung bis zu einem Monat	**V**
18.3.2	Auf undurchlässiger Bodenabdichtung wenn sichergestellt ist, dass anfallende Sickersäfte und damit verunreinigtes Niederschlagswasser sicher zurückgehalten werden können	**- - -**	**V**
18.3.3	Trockener Schweine-, Pferde-, Rindvieh- und Putenmist sowie Geflügelkot, der gegen das Eindringen von Niederschlagswasser gesichert wird	**- - -**	**V**
18.4	**Freilandtierhaltung, Wildgehege**	**V** **Ausnahme:** - Tierhaltung auf Grünlandflächen ohne großflächige Verletzung der Grasnarbe, - kurzfristige Tierhaltung auf Ackerflächen zur Abweidung von Zwischenfrüchten	**V** **Ausnahme:** wie Zone III
18.5 18.5.1	**Anlagen zum Sammeln, Lagern und Abfüllen von Jauche, Gülle, Gärresten und Silagesickersäften** Errichten, Erweitern oder Ändern stationärer Anlagen	**G**	**V**
18.5.2	Aufstellen und Betreiben mobiler Anlagen für Jauche, Gülle, Gärreste, Silagesäfte und Dungstoffe	**V** **Ausnahme:** Umschlagen in geeigneten dichten Containern für den Zeitraum der Ausbringung	**V**
18.6 18.6.1	**Nährstoffträger** außer Klärschlamm, Kompost und Gärrest aus Co-Fermenter-Anlagen Ausbringen auf landwirtschaftlich oder für die gartenbauliche Erzeugung genutzte Flächen	**V** **Ausnahme:** - Düngung nach § 6 Die Ausnahme gilt nicht für Grünland in der Zeit vom 01.November bis zum 31. Jan. Die Ausnahme gilt nicht bei Ackerland in der Zeit von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis zum Ablauf des 31. Januar des Folgejahres. Der Zeitraum verlängert sich bei einer Frühjahrsbestellung um einen Monat. Der Verbotszeitraum be-	**V** **Ausnahme:** wie in Zone III, jedoch nur mineralischer Dünger

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
		ginnt erst am 01. Oktober, wenn nach der Ernte der letzten Hauptfrucht eine Zwischenfrucht, Wintergerste oder Winterraps angebaut wird und für diese ein Düngebedarf nachgewiesen wird. Bei Wintergerste ist der Nachweis z. B mit Hilfe einer schlagbezogenen und für das Kooperationsgebiet repräsentativen Nmin-Probe zu dokumentieren. Ein N-Düngebedarf besteht nur, wenn der frühestens 14 Tage vor der Aussaat gemessene Nmin-Wert zzgl. der anschließend noch zu erwartenden N-Freisetzung des Bodens und der Ernterückstände unter dem herbstlichen N-Bedarf liegt. Festmist unterliegt nicht der Sperrfrist.	
18.6.2	Zuführen auf jeden Einzelschlag von mehr als 170 kg/ha Stickstoff aus organischen Düngern tierischer oder pflanzlicher Herkunft pro Jahr auf landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Nutzflächen	**V**	**V**
18.6.3	Ausbringen auf öffentlichen Flächen und Sportanlagen	**V** **Ausnahme:** Düngung nach § 6	**V** **Ausnahme:** wie Zone III, jedoch nur mineralischer Dünger
18.6.4	Ausbringen auf forstwirtschaftlich genutzte Flächen; Auftrag zur Rekultivierung im Landschaftsbau	**V** **Ausnahme:** Düngung nach § 6	**V** **Ausnahme:** wie Zone III, jedoch nur mineralischer Dünger
18.6.5	Ausbringen auf sonstigen Flächen (z.B. Haus- und Kleingärten)	**V** **Ausnahme**: grundwasserschonende Düngung (Kleinstmengen)	**V** **Ausnahme:** wie Zone III, jedoch nur mineralischer Dünger
18.7	**Gärrest aus Co-Fermenter-Anlagen** Ausbringen auf landwirtschaftlich, gartenbaulich- oder forstwirtschaftlich genutzten Flächen, Auftrag zur Rekultivierung im Landschaftsbau	**V**	**V**
18.8 18.8.1	**Pflanzenschutzmittel** Anwendung auf Freilandflächen, soweit diese landwirt- oder forstwirtschaftlich bzw. gärtnerisch genutzt werden	**V** **Ausnahme:** Ausbringung nach § 7	**V** **Ausnahme:** wie Zone III
18.8.2	Anwendung auf anderen Freilandflächen, insbesondere Verkehrsflächen	**V** **G:** soweit Gründe der Verkehrs- und Betriebssicher-	**V** **Ausnahme:** wie Zone III

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
		heit, der Funktionsfähigkeit des Korrosions-, Brand- oder Explosionsschutzes baulicher Anlagen oder gelagerter Materialien, der militärischen Sicherheit die Anwendung erfordern	
18.8.3	Anwendung in Haus- und Kleingärten auf kleingärtnerisch genutzten Flächen	**V** **Ausnahme:** gekennzeichnet mit der Angabe: "Anwendung im Haus-und Kleingartenbereich zulässig".	**V** **Ausnahme:** wie Zone III
18.8.4	Ausbringen aus Luftfahrzeugen	**V**	**V**
18.8.5	Reinigen von Geräten zur Anwendung von PSM auf Flächen, von denen abfließendes Wasser unmittelbar in ein Oberflächengewässer gelangen oder in das Grundwasser versickern kann.	**V**	**V**
18.9	**Silagen, Silagemieten (Feldmieten)** - Anlegen	**V** **Ausnahme:** Ballen- und Schlauchsilagen in Schutzfolien oder aus vergleichbaren Silierverfahren	**V** **Ausnahme:** wie Zone III
18.10	**Silagesilos** - Errichten von Hoch- und Fahrsilos	**G**	**V**
19	**Märkte** Volksfeste, Ausstellungen oder ähnliche Veranstaltungen außerhalb dafür zugelassener Anlagen	**- - -**	**G**
20	**Motorsport** Motorsportanlagen und -veranstaltungen	**V**	**V**
21 21.1	**Recycling- und Bodenmaterialien** Einsatz mineralischer Stoffe mit auslaugbaren oder auswaschbaren Anteilen, insbes. aus industriellen Prozessen oder aus Bautätigkeiten im Erd- und Straßenbau	**V**	**V**
21.2	Verwertung von güteüberwachtem RCL-Material im Erd- und Straßenbau nach Landes- oder Bundesvorgaben	**G**	**V**
21.3	Verwertung von güteüberwachtem mineralischen Stoffen im Erd- und Straßenbau	**G**	**V**
21.4	Verwertung von güteüberwachtem Bodenmaterial zur Herstellung einer natürlichen oder einer technischen Funktion	**G**	**V**
22	**Rohrleitungen** für wassergefährdende Stoffe außerhalb eines Werksgeländes Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	**V**	**V**

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
23	**Schießstände im Freien** Errichten, Erweitern, wesentliches Ändern	**G** **V:** Tontaubenschießstätten	**V**
24	**Sprengungen** - das Durchführen von unterirdischen Sprengungen	**V** **Ausnahme:** Sprengungen zur Brunnenregenerierung	**V** **Ausnahme:** wie in Zone III
25	**Streitkräfte, Militär** Übungen außerhalb von Standort- und militärischen Truppenübungsplätzen sowie Übungen des Zivilschutzes	**G** **Ausnahme:** Durchfahren auf klassifizierten Straßen	**V** **Ausnahme:** wie in Zone III
26	**Transformatoren** mit flüssigen, wassergefährdenden Kühl- und Isoliermitteln, die nicht den Bestimmungen des § 62 WHG, einschl. dazu ergangener Rechtsvorschriften entsprechen	**V**	**V**
27. 27.1 27.1.1	**Verkehrsanlagen** Öffentliche Straßen und Wege Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	**G** **Ausnahme:** Unterhaltungsmaßnahmen	**G** **Ausnahme:** wie in Zone III
27.1.2	Unterhaltungsmaßnahmen, soweit damit bauliche Maßnahmen oder sonstige Arbeiten verbunden sind, die in den gewachsenen Boden oder in die Entwässerungsverhältnisse eingreifen	**- - -**	**G** **Ausnahme:** Unterhaltungsmaßnahmen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit und zur Abwendung einer Gefahr erforderlich sind.
27.2	Rastanlagen, Park- und Stellplätze für mehr als 10 Kfz Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	**G**	**G**
27.3	Land- und forstwirtschaftliche Wege, Rad- und Fußgängerwege Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	**- - -**	**G** **Ausnahme:** Unterhaltungsmaßnahmen, die aus Gründen der Verkehrssicherheit und zur Abwendung einer Gefahr erforderlich sind.
27.4	Gleisanlagen, Personen-Rangier- und Güterbahnhöfe Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	**G**	**G**
27.5	Flughäfen und -plätze sowie Luftlandeplätze Errichten	**G**	**V**
28	**Wärmepumpen** zur Nutzung von Erdwärme und/oder Grundwasser Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern		
28.1	Wärmepumpen mit Förder - und Schluckbrunnen	**V**	**V**
28.2	Wärmepumpen mit Erdwärmesonden	**V**	**V**

Nr.	Handlung	III - qualitativer Schutz -	II - qualitativer Schutz -
28.3	Wärmepumpen mit Erdwärmekollektoren	**V** **G:** Anlagen ohne wassergefährdende Stoffe und bei Erhalt der Deckschichten	**V**
28.4	Wärmepumpen als Direktverdampferanlagen	**V**	**V**
29 29.1	**Wassergefährdende Stoffe** - offenes oder ungesichertes Lagern	**V**	**V**
29.2	- Einleiten von wassergefährdenden Stoffen sowie von Jauche und Gülle in den Untergrund oder in Gewässer	**V** **Ausnahme:** Die Verwendung von Auftau- oder Streusalzen im üblichen Umfang	**V** **Ausnahme:** wie in Zone III
29.3	- Transport wassergefährdender Stoffe auf Straßen und Wegen	**- - -**	**V** **Ausnahme:** Belieferung von Anliegern
30	**Windenergieanlagen** Errichten, Erweitern oder wesentliches Ändern	**G**	**V**

Diese Anlage A ist Bestandteil der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Festsetzung des Heilquellenschutzgebietes für den Einzugsbereich der Caspar-Heinrichquelle I und IV, der Wiesenquelle 1, 2 und 3, der Hauptquelle 1 und 2 und des Thermalwasserbrunnens in der Stadt Bad Driburg

Heilquellenschutzgebietsverordnung Bad Driburg vom 22. November 2016

Az.: 54.04.04.62

Bezirksregierung Detmold
In Vertretung
gez. Berghahn

Anlage zur
ordnungsbehördlichen
Verordnung zur
Festsetzung des
Heilquellenschutzgebiet
Bad Driburg

vom 22. November 2016

Legende

Gemeinden

HSG Bad Driburg - Zonen

- B - quantitativ
- A - quantitativ
- III - qualitativ
- 2 - qualitativ
- 1 - qualitativ

Bezirksregierung
Detmold

**Heilquellenschutzgebiet
Bad Driburg**

In Vertretung
gez. Berghahn

Datum: 22. November 2016
Massstab: 1 : 40.000